



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Holle, H. G.: Das Verhängnis des Geldwahns.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

täuschungen den herben Saß gezogen: „Deutschland kann nur durch Deutschland gerettet werden.“

Dreißig Jahre lang hat England die Revolution und Napoleon bekämpft; es konnte von dem angeblichen Krieg für die Freiheit der Welt gar nicht genug kriegen. Gott segnete diesen britischen Krieg durch ein beispielloses Wachsen des Wohlstandes; keine ferne unbewachte Kolonie, welche die Vorsehung nicht den Briten zugedacht hatte, kein Schmuggelhandel in der Ostsee, an dem sie nicht verdienten. Wo aber blieb die englische Hilfe für das Festland in Not?

Der warmherzige Zar Alexander, dessen Schwur an Friedrichs des Großen Sarg jedes Preußenherz rührte, teilte in Tilsit mit dem Cäsar des Westens die Welt und brachte aus Erfurt den sehnsüchtig wartenden Preußen einen Nachlaß von 20 Millionen mit auf eine Kontributionenmilliarde, die trotz verzweiflungsvoller Steuern (jezt wurden harte Steuern endlich nachgeholt) unerfüllbar blieb. Unter den unwahrscheinlichsten Umständen lernten nun die Deutschen auf sich selber stehen. Zwar ging es nicht ohne fremde Hilfe und Anlehnung, aber das Geheimnis der *J u n i t i a t i v e* mußte bei denen liegen, denen Hilfe am meisten not tat. So hat Gneisenau, der am Beginn seiner Laufbahn in Kolberg 1807 vergeblich nach britischen Landungstruppen ausgeschaut hatte, in seiner vorletzten Schlacht, bei Ligny, 1815, wohl begriffen, daß der Preuße sich auch einmal dem Verlust einer Schlacht aussetzen muß, wenn es gilt, gelandeten englischen Hilfstruppen Vorwand und Gelegenheit zu nehmen, sich auf ihre Schiffe zurückzuziehen. Und der Freiherr vom Stein, als er 1812 in Petersburg auftreten mußte, um zu verhüten, daß der russische Kaiser wieder verdarb, was der russische Winter gerade gut machte, er hatte sich viele Illusionen aus dem Sinn geschmeißt, als er damals in größter Gefahr zum treuen Urndt das heitere Wort sprach:

„Ich habe mein Gepäck im Leben schon drei-, viermal verloren; man muß sich gewöhnen, es hinter sich zu werfen; weil wir sterben müssen, sollen wir tapfer sein“.

Das Verhängnis des Geldwahns.

Von Prof. Dr. H. G. S o l l e (Vegeßack).

In einem früher (18. März 1922) in den „Grenzboten“ erschienenen Aufsatz „Geldentwertung“ hatte ich ausgeführt, daß der in einem Lande herrschende Preis der Waren abhängig ist von der vorhandenen oder, genauer gesprochen, zur Verfügung stehenden Warenmenge einerseits und von der vom Staate durch Geldzeichen oder andere Bescheinigungen (Buchungen) anerkannten Menge der Ansprüche an Wert andererseits. Unsere heutige Geldentwertung bezeichnete ich als die Folge der Mindererzeugung von Ware bei gleichzeitiger ständig fortschreitender Vermehrung der Ansprüche daran.

Diese dem biologischen Denken selbstverständliche Anschauung ist keineswegs allgemein anerkannt; wenigstens handelt man so, als wenn sie falsch wäre. Meine schon seit lange gemachten Versuche, sie zur Geltung zu

bringen, haben entweder keine Beachtung oder direkten Widerspruch erfahren. Wenn ich heute die unabwiesbaren Folgerungen daraus ziehe, werden meine Ausführungen von den Leitungen der Blätter, denen sie nicht in ihre politische Richtung passen, mit der Begründung zurückgewiesen, sie beruhten auf einer „falschen Theorie des Geldes“. Geld soll nicht wie bei der gegebenen Darlegung der Geldentwertung gleichbedeutend mit „Anspruch an Wert“, sondern für sich ein Wert sein, der als vermittelndes Zwischenglied beim Austausch von Sachwerten eintritt, auf den es wie in Urzeiten auch noch in der heutigen Volks- und Weltwirtschaft ankommt.

Das setzt aber eine Unveränderlichkeit dieses Zwischenwertes voraus, die man ihm zu geben versucht, indem man das Gold als solchen benutzt. Da das Gold nun aber zugleich auch Ware ist, kann sein Wert nicht unveränderlich sein, sondern muß sich nach Angebot und Nachfrage richten. Die Einführung des Goldes als Zwischenwert vereinfacht also nicht den Austausch der Güter, sondern macht ihn verwickelter. Tatsächlich ist überall auf der Welt das Geld heute nur ein gedachter Wert, dessen Höhe sich nach den Gütern richtet, die man dafür erwerben kann, darunter unter anderen auch das Gold. Also, obwohl gleich benannt, ein nach Umständen wechselnder Anspruch an Wert. Der Wert (die Kaufkraft) des Geldes wechselt auch in den Goldwährungsländern, je nach der Menge, beziehungsweise Geltendmachung der Ansprüche an Wert und der verfügbaren (angebotenen) Menge der Ware. Nicht die Goldwährung ist die Ursache größeren Geldwertes, sondern der nach den Umständen sich richtende Wert des Geldes bestimmt darüber, ob die Goldwährung, das heißt die gesetzliche Austauschbarkeit der Geldscheine gegen Gold, ohne allzugroßen Schaden sich aufrechterhalten läßt oder nicht. Wollten wir etwa heute die Goldwährung wieder einführen, indem wir die Geldsumme, die heute nach dem Weltmarktpreis des Goldes dem Goldwert der früheren Mark entspricht, mit der Benennung „Mark“ versehen, so würden wir bei der fortschreitenden Entwertung unseres Geldes, die nach unseren früheren Erwägungen unabwiesbar ist, schon morgen nicht mehr die Markscheine in Gold einlösen können. Der Wert der Mark wird stets veränderlich bleiben, nämlich dem Durchschnittswert dessen entsprechen, was man in Deutschland für eine Mark kaufen kann. Alle „finanztechnischen“ Maßnahmen, um den Wert des Geldes zu „stabilisieren“, sind von vornherein als wirkungslos zu bezeichnen. Eine Hebung des Mark=Kurses ist nur möglich durch Vermehrung der verfügbaren Ware einerseits und Verminderung des Geldes, das heißt der Ansprüche an Wert andererseits.

Der Geldwahn, die Anschauung, daß Geld an sich heute noch wie in früheren Zeiten („pecunia“) ein Wert sei, wird aber gleichwohl aufrecht erhalten, um das Geld zum Handelsgegenstand zu machen, statt es zum Gebrauch denjenigen zu überlassen, die es durch Umsetzung in Arbeit wertschaffend verwenden wollen und können.

Die Werttheorie des Geldes sieht ab von den Personen, die Träger der Ansprüche an Wert sind. Sie betrachtet es als eine selbständige Macht und beachtet nur die „auf dem Markt sich begegnende“ nachfragende Menge des Geldes einerseits und die sich anbietende Warenmenge andererseits. Die Ware wird aber meist verbraucht, also im allgemeinen neu erzeugt, die Geldmenge kann für kürzere Zeit als gleichbleibend angesehen werden,

aber sie „läuft um“. Wenn nun, wie man sagt, „derselben Geldmenge in einer bestimmten Zeit dieselbe Warenmenge statt einmal mehrere Male entgegentommt“, weil sie rascher erneuert wird, so ist das eine willkürliche mechanische Konstruktion, die am Grundgesetz nichts ändert, aber irreführend wirkt, weil sie den Schein erweckt, als wenn „ein Land blüht, wenn Handel und Wandel gedeiht“. Die Auffassung ist willkürlich, weil sie die Personen vernachlässigt, die Waren erzeugen oder verbrauchen. Denn dieselbe Warenmenge kann derselben umlaufenden Geldmenge in gleicher Zeit mehrmals nur entgegentommen, wenn entweder der Verbrauch gesteigert oder die Zahl der Verbraucher zugenommen hat. Die „Raschheit“ des Umlaufs richtet sich nach dem Bedarf, der Preis aber nur nach der im Verkehr gleichzeitig auftretenden Gesamtmenge der angebotenen Ware und der durch das Bedürfnis der Personen geltend gemachten Ansprüche daran. Die letzteren werden wesentlich noch durch die Zahl der Personen vermehrt, die am Umlauf verdienen, und lediglich als Verbraucher auftreten. Nicht auf die Zeit des Umlaufs kommt es an, denn ob eine Güternappheit auf Mindererzeugung oder Zurückhaltung beruht, kommt in der Wirkung auf eins hinaus, sondern auf den durchlaufenen Weg, der preiserhöhend wirkt, wenn er ein Umweg ist, einerlei ob ihn der Schiebehandel oder die Zwangswirtschaft mit sich bringt! Diese mechanische Auffassung des Warenumsatzes ist die falsche Uebertragung der Idee des beschleunigten Umsatzes vom Einzelgeschäft auf die Volkswirtschaft, entsprechend dem Glauben an die durch die allgemeine Vermehrung des Geldes erhöhte Kaufkraft des Gesamtvolkes.

An die äußeren Erscheinungen des Marktes beim Begegnen von Ware und Geld knüpfen die „finanztechnischen“ Maßnahmen an, die nach der Art des „mechanischen Denkens“ gradlinige Ursachenverkettenungen annehmen, während das „biologische Denken“ sich des Netzwerkes der inneren Zusammenhänge bewußt ist, das den lebenden Organismus kennzeichnet. Jeder Vorgang, jede „Maßregel“, die im Organismus auf einen Reiz hin eintritt, ist nicht einfach durch die Berrichtungsweise des unmittelbar betroffenen Organs, sondern danach bestimmt, was die Art der Gegenwirkung für den Gesamtorganismus bedeuten würde.

Die biologische Auffassung der Volkswirtschaft beurteilt die Güter oder Werte nur unter dem Gesichtspunkt des Verbrauchs zur gedeihlichen Fortführung des Lebens der Gesamtheit. Auch Luxusverbrauch kann dieses fördern, wenn er in den nach den Umständen zulässigen Grenzen gehalten wird und geistige Werte schaffen hilft. Das materielle „Wertgefälle“ (Gaißer) muß mit dem geistigen möglichst zusammenfallen; aber wir sind von diesem Zustand heute weiter entfernt als je. Ohne diese Bedingung ist die Erzeugung und Erwerbung von Gegenständen, die nur als „Besitz“ zu ideellem Gebrauch geschätzt, nicht zum notwendigen Verbrauch bestimmt sind, für die Gesamtheit als wirtschaftsfeindlich anzusehen. Dinge, die nur zum Besitz und zur Benutzung unter unwesentlicher Abnutzung dienen, kennzeichnet man als „Sachwerte“ im Gegensatz zu den Verbrauchswerten, die zu einem unmittelbaren oder baldigen Verbrauch bestimmt sind. Daneben stehen die geistigen Werte (Bildung, Kunst, Unterhaltung), die aus dem Rahmen der dinghaften Werte herausfallen, aber doch als unentbehrliche Tauschwerte mit in Betracht kommen.

Der wichtigste, ebenso unentbehrliche wie unersehbare Sachwert ist der Boden, der dem Volksganzen nur in bestimmter, begrenzter Menge zur Verfügung steht und deshalb, solange er als Ware verkäuflich ist, in demselben Maße im Werte steigen muß, als die Bevölkerung sich vermehrt und nach seinem Besitz verlangt. Dieses Verlangen muß aber bei einer genügenden Anzahl von Personen vorhanden sein, die fähig und gewillt sind, aus seiner Bearbeitung eine möglichst Summe von Nahrung für die Gesamtheit zu erzielen, wenn das Ganze gedeihen soll. Weil aber der Mensch nicht als Gesellschaftstier entstanden, sondern erst im Lauf der Menschheitsgeschichte dazu geworden ist, können bei ihm nicht die Instinkte vorausgesetzt werden, die bei den gesellig lebenden Tieren die Arbeit für das Ganze aus innerem Antrieb bewirken. Für die Bebauung des Bodens, wie zu jeder anderen auf die Herstellung von Lebensbedarf gerichteten Arbeit taun die Bereitschaft nur bestehen, wenn als Gegenwert der über den eigenen Bedarf erzeugten Gebrauchswerte Anspruch an solche dinghaften oder geistigen Werte, die zu einem gedeihlichen Leben notwendig sind, also „Geld“ gegeben wird.

Zu diesen als Gegenwert landwirtschaftlicher oder anderer Arbeit für alle notwendigen Werten gehört als Vorbedingung jeder Arbeit die Bezahlung. Das Haus wird aber mit Unrecht zu den „Sachwerten“ gerechnet: es ist, wie der Verfall der Gebäude in Folge einer falschen Gesetzgebung heute allen deutlich gemacht haben sollte, ein Verbrauchswert, der ständiger Erneuerung bedarf. Diese falsche Gesetzgebung hat dahin geführt, daß die über uns gekommene Not zu einem wesentlichen Teile Wohnungsnot ist. Entstanden ist die Wohnungsnot während des Krieges durch das Fehlen der Arbeitskräfte und die anderweitige Inanspruchnahme des zum Bauen nötigen Kapitals. Verschärft wurde sie durch das Fortbestehen der Wohnungszwangswirtschaft auch nach dem Kriege, die Neubauten von privater Seite so gut wie vollständig ausschließt. Nun bin ich an sich durchaus kein Gegner staatlichen Eingriffs in die Privatwirtschaft, gerade wegen der individualistischen Natur des gleichwohl zum Zusammenleben gezwungenen Menschen. Einschränkungen des freien Wettbewerbs bringt jede staatliche Ordnung mit sich und ist notwendig, weil der Kampf aller gegen alle zur Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen führt. Zum Sozialismus muß der Mensch erst erzogen sein: Die staatliche Beeinflussung der Wirtschaft darf nicht dazu benutzt werden, der jeweiligen Regierung genehme Parteirichtungen in lohnende Ämter zu bringen; sie muß in die Hände wirklich sachverständiger, unparteiischer und völkisch gerichteter Männer gegeben sein. Sie muß auch ohne wesentliche Härten gegen bestimmte Personengruppen durchführbar sein.

Gerade das Letztere ist bei der Wohnungszwangswirtschaft und bei der auf die Wohnung bezüglichen Steuergesetzgebung nicht der Fall. Im Gegenteil, sie führt, wie täglich deutlicher wird, zum sicheren Untergang des Hausbesitzertums. Die Gründe sind von mir wie von anderer Seite schon vielfach dargelegt, bleiben aber ohne Beachtung. Nach dem Thema der vorliegenden Erörterung kommt es hier auf das Verhältnis der Sachwerte zum Gelde an. Zum Gelde, nicht zu den „Geldwerten“; denn das sind eben die Leihkapitalien, die sich heute so ins ungeheuerliche vermehrt haben, daß die Aufbringung der Zinsen uns zu Sklaven des Kapitalismus gemacht hat. Ihm werden wir rettungslos unterliegen, wenn wir nicht für alle

bestehenden und neu aufzunehmenden Schulden den Kapitalschwund (nicht das „Schwundgeld“) einführen und die bestehenden öffentlichen Schuldtitel zwar nicht für verfallen, aber zum Nennwert als „Geld“ erklären. Um die plötzliche Vermehrung des Geldes (Inflation) zu vermeiden, könnten statt der Schuldtitel die Zinsscheine in Geltung bleiben, bis das Kapital aufgezehrt ist.

Solche Folgerungen müssen wir unweigerlich ziehen, wenn wir die natürliche (biologische) Auffassung des Geldes als zutreffend anerkennen. Die im Dienst des Kapitals stehende zünftige Finanzwissenschaft weigert sich aber dieser Anerkennung. Eben wegen der Folgen für den Kapitalismus. Deshalb die Verwirrung der Begriffe, die in der Bezeichnung „Kapital“ für die Betriebsmittel eines Unternehmens liegt. Das als Sachwert aufgefaßte und zu einer unpersönlichen Macht erhobene Geld ist in der Aktiengesellschaft der „Unternehmer“, also auch der Urheber der geschaffenen Güter, nicht die Arbeit. Das Kapital nimmt deshalb auch den Verdienst in Anspruch; Entlohnung der in Wahrheit schaffenden technischen und kaufmännischen Leitung wird danach, wie die der mechanischen Arbeit zu Geschäftskosten des Geldgebers, der seine Person hinter der schützenden Maske der Aktiengesellschaft verbirgt. Das Unternehmen wird dadurch selber zu einem Sachwert, dessen Höhe am Ertrage (Dividende) gemessen wird. Auch der Wert des eigentlichen Leihkapitals wird naturgemäß am Ertrage, hier an den Zinsen gemessen.

Es ist klar, daß, wenn der Zinsfuß gleich bleibt, auch der Wert des Kapitals sich nicht ändert. Sinkt der Wert (die Kaufkraft) des Geldes infolge seiner allgemeinen Vermehrung, so bleibt der Wert des Kapitals im Lande des entwerteten Geldes, an diesem Maße gemessen, derselbe. Der Kapitalismus verlangt aber (solange der Geldwert sinkt!), daß die Zinsen im Geldwert des seinerzeit ausgeliehenen Geldes ausgezahlt werden. Der Kleinrentner, dem es ja übel genug geht und dem unbedingt geholfen werden muß, wird da vorgeschoben, um diese Forderung einleuchtend zu machen. Dabei wird aber außer acht gelassen, daß das seinerzeit auf Zins gegebene Geld sich ebenso im Wert geändert haben würde, wenn es nur aufbewahrt wäre. Wollte man dem Rentner helfen, indem man den Betrag der vor dem Verelendungsfrieden ausgeliehenen Kapitalien jetzt vielleicht auf das 50fache vergrößert rechnete, so würde das eine solche Vermehrung des Geldes, also der Ansprüche an Wert bedeuten, daß die Preise aller Ware auch durch eine entsprechende höhere Geldsumme ausgedrückt werden müßten. Wo bleibt da die Hilfe für den Kleinrentner? — Der Fall liegt gerade so, als wenn man die Erkrankung eines kleinen Gliedes dadurch heben wollte, daß man den ganzen Organismus ebenso krank macht. Es bleibt nur Linderung des Übels möglich; eine „lokale“ Behandlung der Krankheit ist ausgeschlossen, weil es sich um die im ganzen Körper zirkulierenden Säfte handelt, die verdorben sind.

Es liegt hier eben die unbiologische Auffassung des Wirtschaftslebens vor, die den inneren Zusammenhang aller Verrichtungen eines Organismus verkennt. Folgerichtig müßte der Betrag jetzt ausgeliehener Kapitalien herabgesetzt werden, wenn der Wert der Mark — das ist ja immerhin theoretisch nicht ausgeschlossen — mal wieder steigt! Biologische Auffassung verlangt, daß Kapital als solches durch Umwandlung in Arbeit verbraucht wird. Es ist eine ungeheuerliche Forderung des Kapitalismus,

daß das Kapital zu der aus seiner Eigenschaft als „Sachwert“ abgeleiteten Unzerstörbarkeit, nun auch noch die Eigenschaft der Wertbeständigkeit gegeben werden soll, die nicht einmal den wirklichen Sachwerten zukommt. Nicht für das Kapital, wohl aber für das Geld als Maß des Wertes verlangt das Gedeihen einer Volkswirtschaft die Wertbeständigkeit. Der gesunkene Wert kann aber nur wieder gehoben werden durch Vermehrung der Güter (einschließlich der Sachwerte) einerseits und Verminderung des Geldes anderseits. Das Ziel des Kapitalismus ist aber die Ansammlung des Geldes in den Händen weniger, das nur durch immer weitere Vermehrung desselben erreicht werden kann, von der er immer den Löwenanteil an sich rafft.

Diesen verhängnisvollen Gang der Dinge fördert die Arbeiterschaft dadurch, daß sie durch frevelhaft angezettelte Streiks einerseits Werte zerstört und Neuentstehung solcher hindert, anderseits durch die erpreßten Lohnerhöhungen die allgemeine Vermehrung des Geldes steigert, in dem Wahn, daß wenn der einzelne unfraglich sich mehr kaufen kann, wenn er mehr Geld hat, dies auch der Fall sein würde, wenn alle mehr Geld haben. Daneben hat die Zwangswirtschaft der Kriegszeit die biologische Tatsache in Vergessenheit gebracht, daß die zur Erhaltung des Lebens dienenden Gütern verbraucht werden, also immer wieder neu erzeugt werden müssen. Die Arbeiterparteien, oder wenigstens ihr linker Flügel, treiben aber eine Politik, der es nur auf die Verteilung der vorhandenen Güter ankommt, das heißt in Wahrheit auf die Erziehung des jetzigen Besitzers durch den zum Prozen gewordenen Proletarier.

Besonders deutlich wird das beim Hausbesitz, bezüglich dessen die Gesetzgebung sich von dieser Richtung ganz hat ins Schlepptau nehmen lassen. Man tut so, als wenn der Hausbesitzer immer reicher wird, je mehr Geld — die anderen haben! — Das zeigt sich in der Anwendung des „gemeinen Wertes“ bei der Ordnung des Steuerwesens statt des Ertragswertes, der allein der Forderung der Gerechtigkeit entspricht. Der gemeine Wert macht das zu dauerndem Gebrauch der Familie bestimmte Haus zum Handelsgegenstand. Seine Zugrundelegung bei der Bemessung der Steuern und sonstigen Lasten muß, da er sich bei der heutigen Geldentwertung und mangelnden Ergänzung der Wohnungsgelegenheit vervielfacht hat, zu Abgaben führen, bei denen der nicht kapitalkräftige Besitzer, dem in der Regel heute die notwendige Instandhaltung der Wohnung an sich schon weit teurer kommt, als wenn er Zwangsmieter desselben Hauses wäre, unfehlbar schließlich zu einem Punkte kommen, wo er den Besitz nicht mehr halten kann. Und wenn er nun verkaufen muß und statt der 20 000 Mark, die er vielleicht als Kleinrentner seinerzeit für das Häuschen zahlte, in dem er sich zur Ruhe setzte, jetzt 200 000 Mark in entwertetem Gelde bekommt, dessen Zahlenunterschied ihm gar als „Wertzuwachs“ angerechnet und zum größeren Teile fortgesteuert wird, wie soll ihm der verbleibende Rest Ertrag für den Mietwert des Hauses bieten? —

Der Widersinn dieser Bestimmung zwingt den Verkäufer geradezu, die Höhe der Verkaufssumme im Einverständnis mit dem Käufer zu verschleiern, oder, wenn er kann, die Steuer auf den Käufer abzumäßen. Dann aber bewirkt die Steuer eine Vermehrung des Geldes, die weiter

die allgemeine Teuerung erhöht. Nun aber wird dem Hausbesitzer von kapitalistisch gerichteten Volkswirtschaftlern der Hypothekengläubiger entgegengehalten und von einer „Prellung der Hypothekengläubiger“ geredet. Hier liegt wieder die Verkennung des biologischen Grundgesetzes vor, indem die Beziehungen zwischen Hypothekengläubiger und Schuldner aus dem Zusammenhang der gesamten Volkswirtschaft herausgelöst und für sich betrachtet werden. Daß der Hypothekengläubiger, wenn sein Verhältnis zum Schuldner für sich ohne Rücksicht auf andere Umstände betrachtet wird, sich schlechter steht als der Schuldner, ist an sich richtig. Für diese „Ungerechtigkeit“ ist aber nicht dieser verantwortlich, sondern der Staat, der die Entwertung des Geldes verschuldet hat, dadurch daß er die rasende Vermehrung des Geldes zugelassen und die Vermehrung der Güter nicht gefördert hat, oder dies vielleicht nicht anders konnte, weil er nun einmal die unerfüllbaren Reparationslasten auf sich genommen hatte. — Ebenfogut könnte man sagen, den Gläubiger trifft als Nutznießer des kapitalistischen Hypothekenrechts wenigstens eine Mitschuld an der Notlage des Hausbesitzes! Der Kapitalismus, der „ewige Zins“ ist es, der durch die allgemeine Vermehrung des Geldes die heutige Wirtschaftslage herbeigeführt hat. Und wenn die Hypothekengläubiger darunter leiden, so leiden die Hypothekenschuldner als Hausbesitzer nicht minder darunter durch die ungeheuren Kosten der Instandhaltung. Sie könnten mit demselben Recht eine Ausnahmegesetzgebung zu ihren Gunsten verlangen statt des zu ihren Ungunsten gefaßten Mietgesetzes. Die gedachten Volkswirtschaftler gehen aber noch weiter. Sie verlangen nicht nur eine Höherföschung der hypothekarischen Geldforderung und damit Erhöhung der Zinsleistung, sondern „zum Ausgleich des Unrechts“ ein Anteilrecht am Besitz des Hauses oder Bodens! Sie bedenken nicht, daß dann diese Forderung ebenso dem Gewerbe und der Industrie gegenüber, die mit geliehenem Gelde arbeiten, erhoben werden müßte. Denn nicht nur der Landwirt, sondern auch der Hausbesitzer betreibt ein Gewerbe, heute ein ebenso aufreibendes wie ertragloses. Ob er die Wohnungsgelegenheit, die er schafft nur für sich selber benutzt oder auch anderen verschafft, ist volkswirtschaftlich gleichbedeutend, denn er hat dasselbe, sogar in der Reichsverfassung ausgesprochene Recht auf Behausung wie jeder andere. Aber was nützen Verfassungsbestimmungen, wenn das vorhandene Heim den rechtmäßigen Inhabern genommen und den Siedelungswilligen die Gelegenheit zu seiner Begründung nicht gegeben wird!

Wohin uns die Ausnahmegesetzgebung gegen den Haus- und Grundbesitz führt, zeigen die heutigen Verhältnisse in Rußland, wo eine neue Besitzerklasse von Sowjets Gnaden sich herausgebildet hat, die an die Stelle der alten getreten und deren Eigentum nun rechtlich anerkannt ist. Nach Dr. E. F e n n y ist dazu der Weg frei gemacht durch den formellen Verzicht der bisherigen Eigentümer der Häuser, denen diese wieder angeboten wurden gegen die Verpflichtung der Wiederinstandsetzung, die unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, aber durch strenge Strafbestimmungen erzwungen wird. Hat doch der Sowjetvertreter Krassin in Genö neuerdings selbst gesagt: „Wir haben jetzt ein System, das wir als Staatskapitalismus bezeichnen. Vom Kommunismus haben wir Abstand genommen. Wir sind Kommunisten an der Spitze eines nicht kommunistischen sondern kapitalistischen Staates.“

Der neue Vertrag mit Sowjetrußland kann zwar eine Waffe gegen den Feindbund sein, aber er ist eine zweischneidige, wenn er, wie es nach dem Auftreten Radeks im April als Vertreter der Exekutive der Dritten Internationale bei der Tagung der Vertreter der kommunistischen Reichsbezirke in Berlin scheint, der bolschewistischen Propaganda bei uns freie Bahn schafft. Bei dem Mangel an Einsicht in die hier dargelegten eigentlichen Ursachen unserer Not, von der in erster Linie der gebildete und völkisch gerichtete Mittelstand betroffen und mit dem Untergang bedroht ist, besteht kaum noch Hoffnung, daß dieser sich aufrafft und mit dem zur Einsicht gekommenen Teil der Sozialdemokratie zusammengeht, der allmählich erkannt hat, daß nicht das in der Industrie zur Schaffung von Werten benutzte Kapital, sondern das kapitalistische Prinzip des ewigen Zinses der Feind ist.

Elfaß-lothringische Fragen.

Von einem Elsäßer.

3. Die Generalratswahlen in Elfaß-Lothringen.

Die Ergänzungswahlen zum französischen Generalrat haben verfassungsmäßig keine allzu große Bedeutung. Der Generalrat ist das Organ, das in Frankreich den Senat wählt und außerdem kleinere politische Funktionen selbsttätig ausübt. Ein Drittel der gewählten Mitglieder scheidet in Abschnitten von drei Jahren automatisch aus dem Volksvertretungskörper aus und muß dann durch Neuwahlen ersetzt werden. Die diesjährigen Neuwahlen nun haben die politische Welt vor die wichtige Frage gestellt, ob der bisherige übermächtige Nationalblock über die Linksparteien triumphieren und das Land weiterhin dem schrankenlosen Nationalismus ausliefern würde, oder ob die im Sinne der internationalen Beziehungen wünschenswerte Orientierung nach links einsetzen würde. Das Ergebnis der Wahlen hat sich als eine schwache Orientierung nach links herausgestellt.

Also ein Stimmungsmesser für die öffentliche politische Meinung waren die Wahlen immerhin. Sie waren es besonders im Elfaß.

Hier interessiert nun zunächst die überaus minimale Wahlbeteiligung. Nahezu 50 v. H. der eingeschriebenen Wähler haben sich im Elfaß an dem Aktus überhaupt nicht beteiligt. Das ist das wichtigste, formell negative Ergebnis der Wahlen im Lande. Man muß, um einen ähnlichen politischen Kirchhofsfrieden wiederzufinden, in die Zeit zurückgehen, da im Lande noch der Diktaturparagraf in Kraft war. Je gleichgültiger indessen die Allgemeinheit war, um so kampfeifriger, um nicht zu sagen fanatischer, zeigten sich allenthalben die Kreise, die die Wahl gemacht haben. Der „Nationale Block“, der Lunte gerochen und sich zuletzt als „Republikanischer Block“ vorgestellt und empfohlen hatte, arbeitete sieberhaft und streute reichlichen Geldsamen aus seinen Parteifonds ins aufgewühlte Land hinaus. In Straßburg, dem Brennpunkt und Mittelpunkt der elfaßischen Wahlbewegung, hatte man auch die Frauenwelt — die in Frankreich nicht wahlberechtigt ist — begeistert. Röcke und Blusen für den Fall eines „günstigen“ Wahlergebnisses waren für treue Helferinnen der „nationalen Sache“ in Aussicht gestellt. Umsonst.